



Koordinierungsprojekt „Blockchain“

Sachstandsbericht 20. August 2019

Der IT-Planungsrat hat auf seiner Sitzung am 12. März 2019 die Einrichtung des Koordinierungsprojektes „Blockchain“ beschlossen. Die Meldung von 25 Stellen der öffentlichen Verwaltung (davon 13 aus den Kommunen) macht ein großes Interesse an der koordinierten Betrachtung dieser neuen Technologie in der Verwaltung deutlich.

Der Bericht soll einen Überblick über den aktuellen Sachstand geben.

Ziele

Auf der ersten Sitzung am 8. Mai 2019 in Düsseldorf wurde ein gemeinsames Verständnis über die Aufgabe entwickelt und folgende Ziele vereinbart:

- Abstimmung der Blockchain-Bestrebungen der Verwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen
- Wissenstransfer mit anderen Entwicklungen in Deutschland und Europa (Technik, UseCases usw.)
- Perspektivisch: Konzept einer deutschlandweiten gemeinsamen Government-Chain und Nutzung gemeinsamer UseCases
- Informationsaustausch über Veranstaltungen oder Neuigkeiten zum Thema „Blockchain“ unter den Mitgliedern des Kooperationsprojektes „Blockchain“

Themenschwerpunkte

Folgende Themenschwerpunkte wurden identifiziert, die auch im Kontext der „European Blockchain Partnership“ aktuell betrachtet werden:

- Aufbau einer Government-Blockchain-Infrastruktur in Deutschland in Anlehnung an die „European Blockchain Service Infrastructure“
- Anwendungsfälle der Registermodernisierung,
- Zeugnisvalidierung (zusammen mit dem OZG-Digitalisierungslabor Bildung) sowie
- Digitale Identitäten auf Basis der Self-sovereign identity.

Ziele für das Jahr 2020:

Für das Jahr 2020 haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer folgende Ziele definiert

1. Evaluation der Umfrageergebnisse „Blockchain-Projekte“ und Erarbeitung konkreter Maßnahmen;
2. Koordination und Unterstützung der konkreten technischen Umsetzung einer Blockchain-basierten „Zeugnisvalidierung“
3. Erarbeitung der grundsätzlichen Mehrwerte der Blockchain-Technologie für den Anwendungsfall „Zeugnisvalidierung“ und „öffentliche Register“ sowie
4. Konsolidierung von Empfehlungen zur Ausgestaltung sowie den Betrieb einer Blockchain-Infrastruktur für die öffentliche Verwaltung (Governance und Architektur)

Öffentlichkeitsarbeit

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurde eine Internet-Seite <https://dezentraleverwaltung.de> erstellt, die u.a. Auskunft über aktuelle Blockchain-Projekte in der Verwaltung geben soll.

Offene Punkte / Verbesserung

- Aus Sicht des Koordinierungsprojektes sollten die Aktivitäten des Bundes in das Koordinierungsprojekt einfließen. Dies gilt sowohl für die Beteiligung an der „European Blockchain Partnership“, als auch bei der Erstellung der Blockchain-Strategie des Bundes. Mögliche parallele Strukturen gilt es zu vermeiden. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass für die neue EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Digitalisierung ein zentrales Thema ist und sie sich dafür ausspricht, „in Blockchain-Technologie,.... zu investieren“¹.
- Die Ausarbeitung und Durchführung von Proof of Concepts sind für die Erprobung der Blockchain-Technologie von Bedeutung. Die Teilnehmer des Koordinierungsprojektes sind bereit, an den Pilotprojekten mitzuwirken. Allerdings werden diese ohne Finanzmittel nicht durchführbar sein. Vor diesem Hintergrund ist beabsichtigt, Finanzmittel aus dem Digitalisierungsbudget (Aktivität: Besondere Förderprojekte und Referenzimplementierungen) zu beantragen. Registermodernisierung, Nachweise incl. Zeugnisvalidierung sind Beispiele für den Einsatz der Blockchain-Technologie auf Basis einer Government-Blockchain-Infrastruktur.

¹ Quelle: eGovernment Computing 09/2019 Seite 13